Neue Westfälische vom 24. November 2026

Wenig Hoffnung für Stalag 326

Viele Gründe tragen maßgeblich dazu bei, dass es eng wird für die Gedenkstätte in der Senne.
Befürworter argumentieren mit der historischen Bedeutung. Doch die setzt bislang das Haushaltsrecht nicht außer Kraft.

Carsten Heil

Bielefeld/Stukenbrock. Die Chancen für eine Gedenkstätte mit nationaler Bedeutung am ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stalag 326 in Stukenbrock (Kreis Gütersloh) sind weiter drastisch gesunken. Denn trotz aller Bemühungen muss der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als vorgesehener Träger der Gedenkstätte das Bundeshaushaltsrecht erfüllen.

Das bedeutet, dass bis Jahresende eine belastbare Kostenrechnung und nicht nur eine grobe Schätzung vorgelegt werden müssen. Da half auch das Einschalten von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (nicht weit weg vom Lager aufgewachsen) und auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nicht.

Doch genau zu dieser belastbaren Kostenrechnung sieht sich der LWL nach eigener Auskunft nicht in der Lage. Auf das Haushaltsrecht hat jedoch nach Informationen dieser Redaktion auch das Bundespräsidialamt hingewiesen.

Zum Hintergrund: Der Haushaltsausschuss hatte in finanzpolitisch guten Jahren ein Kulturinvest-Programm aufgelegt und danach viele Zusagen gegeben – mehr als in dem Programm an Mitteln verankert war. Und in der Annahme, dass nicht alle Projekte abgeschlossen und die Gelder nicht abgerufen würden. Voraussetzung für die Auszahlung sind die besagten Unterlagen.



Behelfsmäßig kommt die derzeitige Gedenkstätte Stalag 326 daher, die der Förderkreis in mühsamer ehrenamtlicher Arbeit unterhält. Foto: Sigurd Gringel

„Wir können jetzt nicht eine Ausnahme für den LWL machen und andere Projekte, die sich an die Regeln halten, gehen leer aus", sagt CDU-Chefhaushälter Christian Haase aus Beverungen (Kreis Höxter). Was nicht gegen den Inhalt und die Pläne in der Senne spreche. „Aber wir haben eine Bugwelle von anderen Maßnahmen, die die Voraussetzungen erfüllen." Es müsse eine Erinnerungsstätte geben, die nicht so bleiben könne wie derzeit, so Haase.

Darüber sind sich wohl alle einig. Der von engagierten Ehrenamtlichen organisierte Förderkreis, seit vielen Jahren sehr aktiv, sieht sich kräftemäßig nicht mehr in der Lage, die Gedenkstätte in der heutigen Form weiter zu betreiben.

Gleichwohl versuchen Unterstützer, weiter politisch Druck zu machen. Nach einem Offenen Brief von Politikern und Wissenschaftlern aus OWL haben sich am Montag auch die beiden großen Kirchen positioniert. „Den Appell tragen gemeinsam der Erzbischof von Paderborn, Udo Markus Bentz, die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), Adelheid Ruck-Schröder, das Diözesankomitee im Erzbistum Paderborn und die derzeit tagende Synode der EKvW", heißt es in der Stellungnahme.

Die verweist, wie alle anderen auch, auf die Bedeutung des Ortes für Erinnern und Gedenken. „Das ehemalige Kriegsgefangenenlager Stalag 326 steht für das Schicksal von Millionen Kriegsgefangenen, deren Leiden und Tod in der deutschen Erinnerungskultur jahrzehntelang zu wenig Beachtung fanden."

Russische wie ukrainische Soldaten seien hier umgekommen. Die beiden Kirchen „bitten Bundestag und Bundesregierung nachdrücklich, gemeinsam mit den Projektverantwortlichen eine tragfähige und rechtssichere Lösung zu finden, damit die vorgesehene Bundesförderung bereitgestellt und der Ausbau verwirklicht werden kann."

Am Wochenende war auch ein offener Brief von Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft aus der Region und darüber hinaus bekannt geworden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller staatlichen Hochschulen in OWL, an der Spitze die Historikerin Christina Morina, sowie Gedenkstätten und Initiativen der Region, angeführt vom Verein „Gegen Vergessen-für Demokratie", haben den zuständigen Staatsminister Wolfram Weimer dazu aufgefordert, den Weg für die Realisierung der Gedenkstätte Stalag 326 freizumachen. Jürgen Heinrich als einer der Autoren des Briefes appelliert im Gespräch an die Verantwortlichen, die technokratischen Regeln nicht über die große historische und politische Bedeutung zu stellen.

Beim LWL herrscht derweil keine Eile. Erst am 3. Dezember tagt der Kulturausschuss, der über die Gedenkstätte und den Stand der Dinge beraten will. In einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung wird bereits voreilig davon ausgegangen, dass die 25 Millionen vom Bund wegfallen.

Wörtlich: „Die neu vom Bund geforderten Fördervoraussetzungen hätten millionenschwere Vorleistungen für den LWL zur Folge gehabt. Dies ist angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht leistbar. Zudem ist die Beteiligung des LWL an die Bundesmittel gebunden." Kein Wort davon, sich mit dem Bund noch zu einigen und die Unterlagen eilig zu erarbeiten oder Fristverlängerung zu erwirken.

Dafür wäre ein Auftrag aus der Politik (Landschaftsversammlung) Voraussetzung, heißt es aus der LWL-Verwaltung. Als klare Absage der Politik ist wohl folgender Satz zu verstehen: „Die CDU im Westfalenparlament spricht sich deshalb dafür aus, die Planungen zu stoppen." Das hatte ähnlich bereits am Freitag die CDU im Kreistag Lippes formuliert. Ein sehr engagierter Beteiligter seufzt: „Wir hatten einen Plan A und einen Plan B. Jetzt brauchen wir einen Plan C."